

Inhaltsverzeichnis

Teil A

Anlass, Gegenstand und Methode der Untersuchung	9
I. Anlass der Untersuchung	9
1) Kritik der Gebührenfinanzierung und Reformbedarf	9
2) Alternative Finanzierungsmodelle – Überblick	12
II. Gegenstand der Untersuchung – Die Medienabgabe	16
1) Grundgedanke einer geräteunabhängigen Medienabgabe	17
2) Weitere Ausgestaltung der Medienabgabe – Annahmen	19
3) Eingrenzung der Untersuchung	20
III. Methode der Untersuchung	21

Teil B

Verfassungsrechtliche Anforderungen an eine geräteunabhängige Medienabgabe	22
I. <i>Rundfunkverfassungsrechtliche Anforderungen an eine geräteunabhängige Medienabgabe</i>	23
1) <i>Gebot einer funktionsgerechten Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks</i>	23
2) <i>Gebot der Staatsfreiheit des Rundfunks</i>	24
3) <i>Vereinbarkeit der Medienabgabe mit den rundfunkverfassungsrechtlichen Anforderungen</i>	25
4) <i>Zwischenergebnis</i>	26
II. <i>Finanzverfassungsrechtliche Anforderungen an eine geräteunabhängige Medienabgabe</i>	26
1) <i>Verfassungsrechtliche Grundlagen hoheitlicher Abgabenerhebung</i>	27
a) <i>Steuer, Gebühr und Beitrag als klassische Abgabeformen</i>	27
b) <i>Zuordnung der Medienabgabe?</i>	28
2) <i>Sonderabgaben als spezielle Finanzierungsform</i>	29
a) <i>Grundsätzliche Zulässigkeit von Sonderabgaben</i>	29
b) <i>Zum Begriff der Sonderabgabe</i>	31
	5

c)	Zulässigkeitsvoraussetzungen für Sonderabgaben	32
d)	Zur »ratio« der restriktiven Zulässigkeitsvoraussetzungen für Sonderabgaben mit Finanzierungsfunktion	35
(1)	»Gefährdungspotenzial« der Sonderabgabe	35
(2)	Schutzfunktion der restriktiven Zulässigkeitsvoraussetzungen	36
3)	Die Medienabgabe – Keine Sonderabgabe	38
a)	Keine zwangsläufige Zuordnung der Medienabgabe zur Kategorie der Sonderabgabe	38
b)	Begriffliche Abgrenzung zur Sonderabgabe	39
(1)	Relevanz der Kompetenzgrundlage	39
(2)	Art. 70 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG als <i>eigenständige</i> Kompetenzgrundlage der Rundfunkfinanzierung	40
(3)	Rundfunkgebühr und Medienabgabe als kompetenzrechtlich gedeckte Finanzierungsformen	41
c)	Weitere rundfunkverfassungsrechtlich bedingte Unterschiede zur Sonderabgabe	43
(1)	Aufkommenswirkung »zugunsten der öffentlichen Hand«?	43
(2)	Keine »gestaltende Einflussnahme« durch die Medienabgabe	44
(3)	Kein nur »temporärer Charakter« der Rundfunkfinanzierung	45
d)	Kein sonderabgabentypisches Gefährdungspotenzial der Medienabgabe	47
(1)	Keine »neue« Abgabenquelle	48
(2)	Keine Gefährdung der finanzverfassungsrechtlichen Ordnungsfunktion	48
(3)	Keine Gefährdung der grundrechtlichen Schutzfunktion der Finanzverfassung	50
4)	Die Medienabgabe als sonstige Abgabe	51
a)	Grundsätzliche Zulässigkeit sonstiger Abgaben	51
b)	Zulässigkeitsvoraussetzungen sonstiger Abgaben	52
c)	Die Medienabgabe als »sachkompetenzimplizite« sonstige Abgabe	53
(1)	Besondere sachliche Rechtfertigung	53
(2)	Wahrung der Belastungsgleichheit	54
(3)	Haushaltsrechtliche Sonderstellung der Medienabgabe	55
(4)	Einstufung als »sachkompetenzimplizite« Abgabe	57

5) Zwischenergebnis	58
III. Grundrechtliche Anforderungen an eine geräteunabhängige Medienabgabe	58
1) Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz – Art. 3 Abs. 1 GG	59
a) Problemansatz	59
b) Normative Ausgangslage	59
c) Ungleichbehandlung durch die Medienabgabe	61
d) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	62
(1) Allgemeine Grundsätze	62
(2) Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers	63
(3) Generalisierungsbefugnis des Gesetzgebers	65
(4) Verbleibende Gleichheitsprobleme	66
(5) Gleichheit im Belastungserfolg	68
2) Vereinbarkeit mit der allgemeinen Handlungsfreiheit – Art. 2 Abs. 1 GG	69
a) Eingriff in den grundrechtlichen Schutzbereich	69
b) Rechtfertigung des Eingriffs	70
3) Zwischenergebnis	72
Teil C	
Ergebnisse der Untersuchung	73
Literaturverzeichnis	79